



Wenn der Euro untergeht

Nach Trump scheint alles möglich: Gewinnen Rechtspopulisten die Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich, stehen die Europäische Union und ihre Währung auf dem Spiel.

Von Ralph Bollmann und Jenni Thier

Bretene Stille herrschte am Donnerstagabend im großen Atrium der Allianz gleich beim Brandenburger Tor in Berlin. Im Saal saß die intellektuelle Crème der Republik, der Philosoph Jürgen Habermas war da, bedeutende Historiker. Die meisten wollten eigentlich bloß über den Niedergang der Demokratie in Amerika diskutieren. Aber dann rückte ihnen das Thema ein ganzes Stück näher.

Ans Rednerpult trat Joschka Fischer, der frühere Außenminister von den Grünen. „Der 7. Mai, die zweite Runde der französischen Präsidentschaftswahlen, wird unser Schicksalstag“, sagte er. „Würde Marine Le Pen gewählt, wäre ich am Ende meiner Ratschläge.“ Nun ist Fischer dafür bekannt, dass er seit seinem Ausscheiden aus dem Amt die Welt immer nur untergehen sieht. Aber in diesen Tagen tritt er öfter auf als sonst, auch dort, wo keine fürstlichen Honorare in Aussicht stehen. Und das Publikum spürte: Es ist ihm ernst.

Gleich zwei bevorstehende Wahltermine sind es, die Europas Politik beunruhigen, die Finanzmärkte aus dem Gleis bringen und die Wirtschaft ins Chaos stürzen könnten. Am 15. März wählen die Niederländer ein neues Parlament, nach allen Umfragen könnten die Europaskiptiker des Rechtspopulisten Geert Wilders mehr als 30 der 150 Sitze im Parlament erlangen und damit stärkste Fraktion werden. Wilders propagiert den Ausstieg nicht nur aus der Eurozone, sondern gleich aus der ganzen EU.

Als die Niederländer voriges Jahr in einem Referendum das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine ablehnten, deuteten das viele als Warnschuss für Europa. Für Geert Wilders aber war es ein großartiges Ergebnis. „Das ist der Anfang vom Ende der EU“, jubelte er damals. Eine Volksabstimmung über einen Austritt aus der EU zu versprechen, ganz so, wie es die Briten im vergangenen Sommer abhielten, ist fester Bestandteil seines Wahlkampfes. „Die Niederländer haben auch das Recht auf ein Referendum“, sagte er gleich nach dem Votum der Briten.

Natürlich will Wilders auch den Euro loswerden und mit ihm die Finanzierung Südeuropas durch die Niederlande, wie er sagt. „Ich will zurück zum Gulden.“ Auch das Haushaltsrecht will er zurück von Brüssel. Wilders hat den Brexit als Vorbild. Maximale Eigenständigkeit mit

Freihandel, das wäre seine Lösung. Dass es für ihn allerdings selbst bei einem Wahlsieg schwierig wäre, ein Referendum auf den Weg zu bringen, kümmert ihn vorerst nicht. Er hofft auf die Unterstützung seiner Anhänger und auf eine laute Protestbewegung.

Ein ähnliches Programm verfolgt in Frankreich Marine Le Pen, die Parteichefin des Front National und Kandidatin für die Präsidentschaftswahl. Als wahrscheinlich gilt, dass sie in der ersten Runde am 23. April den ersten Platz belegt. Als ebenso wahrscheinlich bezeichnen es die Demoskopien bis jetzt zwar, dass sie im zweiten Durchgang am 7. Mai unterliegt – nach jetzigem Stand der Dinge wohl gegen den unabhängigen Bewerber Emmanuel Macron, der in den Umfragen für die Stichwahl bei 65 Prozent liegt.

Aber getäuscht haben sich Meinungsforscher und andere Experten in jüngster Zeit oft. Schon auf den Brexit wetteten nur Außenseiter. Als noch weniger erwartbar galt die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten. Und die Annahme, das Staatsamt werde einen etwaigen Wahlsieger schon zählen, darf nach der amerikanischen Erfahrung ebenfalls als überholt gelten.

Was sie plant, wenn sie Präsidentin wird, hat Le Pen schon in aller Deutlichkeit erläutert. Dieses Wochenende trifft sie sich mit ihren Getreuen in Lyon, um das Programm zu präsentieren. „Sechs Monate nach meiner Wahl organisiere ich ein Referendum über den Austritt aus der EU“, verrät sie der Zeitung „Le

Monde“ vorab. Vorher will sie darüber verhandeln, die Zuständigkeit für Währung und Budget, Gesetzgebung und Einwanderung zurückzuerhalten. Bleibt sie erfolglos, was wahrscheinlich ist, will sie den Austritt empfehlen.

Den Abschied vom Euro will Le Pen sowieso, weil die Gemeinschaftswährung in ihrem sozial-protektionistischen Weltbild der französischen Wirtschaft schade. „Ich wäre entzückt, wenn die Franzosen keine deutschen Wagen mehr kaufen, sondern nur noch Renaults und Peugeot“, sagte sie einmal. Deshalb möchte sie den Franc zurück und daneben allenfalls den alten Ecu als Zweitwährung für Großunternehmen zulassen. „Die einzige Währung, die in Frankreich zirkuliert, wird unsere neue französische Währung sein. Und die Schulden werden auf die nationale Währung lauten.“ Vor dem Hintergrund, dass fast zwei Drittel der französischen Staatsanleihen in ausländischen Händen sind, bedeutet das: Die Investoren bekommen das Geld, das sie in harte Euro investiert haben, in weichen Francs zurück. So jedenfalls wünscht es Le Pen.

Die Folgen wären verheerend. Ein „Horrorzenario“ nennt Clemens Fuest, der Chef des Münchener Ifo-Instituts, ein mögliches Ausscheiden des Nachbarlandes aus der EU. Schon Frankreichs Austritt aus der Währungsunion wäre ein tiefer Einschnitt. „Das wäre das Ende der Eurozone“, sagt Fuest. Sofort würden Anleger ihr Geld dann nicht nur aus Frankreich abziehen, sondern auch aus anderen Ländern wie Portugal, Spa-

nien oder Italien. Die nationalen Währungen wären wieder da, viele von ihnen schwach, die Deutsche Mark dagegen stark.

Auch Jörg Krämer, der Chefvolkswirt der Commerzbank, fürchtet für dieses Szenario Schlimmes: „Das Auflösen der Währungsunion wäre ein Unsicherheitschock, der auch in Deutschland ein ökonomisches Chaos auslösen würde.“ Die nötigen Kapitalkontrollen und Bankschließungen ließen das Wirtschaftsleben erstarren. So reibungslos, wie er eingeführt wurde, lasse sich der Euro nicht abschaffen. „Ich mag das Wort Schicksalsgemeinschaft nicht. Aber mit Blick auf die Währungsunion ist der Begriff leider angemessen“, sagt Krämer.

Ifo-Chef Fuest plädiert lieber schon einmal für vorbeugende Maßnahmen: „Wenn am Wahlsonntag Marine Le Pen gewinnt, muss man am Montag danach Kapitalverkehrskontrollen in Europa einführen.“ Damit sollen heftige Verwerfungen vermieden werden. „Das kann sehr schnell gehen an Finanzmärkten“, sagt Fuest.

Ähnlich alarmiert äußert sich Dennis Snower, der Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. „Selbst wenn Le Pen aus der EU gar nicht austritt, wären die Folgen ihrer Wahl sehr beunruhigend“, warnt er. „Die deutsch-französische Achse wäre zerstört, der Protektionismus würde zunehmen.“ Kurzfristig könne Le Pen mit den von ihr angekündigten staatlichen Ausgabenprogrammen die Wirtschaft zwar ankurbeln. Aber die Zukunft der Eurozone wäre in akuter Gefahr. „Die Investoren wären verunsichert, die Risikoprämien in den Peripherieländern würden wieder anwachsen, die Insolvenzgefahr dieser Länder würde signifikant steigen.“

Solche Warnungen gab es zwar auch vor dem Brexit-Referendum, hinterher blieben die Börsen viel ruhiger als befürchtet. Aber Großbritannien war nie ein Mitglied der Währungsunion, es ist mit den übrigen Ländern des Kontinents auch nicht so eng verflochten wie Frankreich, und es spielte in der EU bei weitem nicht so eine zentrale Rolle.

Auch das Ausstiegsszenario der Niederländer sieht Ifo-Chef Fuest weniger dramatisch als bei den Franzosen, die als zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone 20 Prozent der Wirtschaftsleistung stellen. „Wenn die Niederlande aus der Währungsunion austreten, wäre das zwar ein schwerer Schlag für den Euro

und die EU, aber der Euro wäre in seiner Existenz nicht bedroht.“ Die Niederlande sind zwar auch nicht zu verachten als fünftgrößte Volkswirtschaft der Währungsunion. Aber ihre Unternehmen sind sehr exportorientiert. Geert Wilders weiß das natürlich, er hat ein Interesse daran, dass die Niederlande weiter freien Handel mit der EU treiben können. Marine Le Pen dagegen schlägt derart protektionistische Töne an, dass sie im Fall eines Wahlsiegs kaum so verhandlungsbereit sein dürfte wie Wilders.

Selbst die Europäische Zentralbank beschäftigt sich öffentlich mit dem Ausstieg eines Eurolandes. Ihr Chef Mario Draghi hat im Januar an italienische Abgeordnete einen Brief geschickt. „Sollte ein Land das Eurosystem verlassen, müsste dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen“, schreibt Draghi. Das ist als Warnung gedacht – und zeigt zugleich: Dass die grenzüberschreitenden Verbindlichkeiten beglichen werden, ist alles andere als selbstverständlich.

Das ist vor allem für Deutschland ein Problem, dessen Forderungen im Verrechnungssystem der Zentralbanken sich auf 743 Milliarden Euro belaufen. Im Falle einer großen Kapitalflucht nach Deutschland würde dieser Betrag noch einmal deutlich ansteigen. Ifo-Chef Fuest fordert deshalb, genau das durch entsprechende Regelungen zu verhindern. Wer sein Geld nach Deutschland transferiere, dürfe nicht davon ausgehen, dafür im Fall des Falles automatisch eine harte Mark zu bekommen. Er schlägt stattdessen die Auszahlung eines Währungskorbs vor. Der Euro würde dafür in seine Bestandteile zerlegt, so wie er einst zusammengefügt worden ist. „Ansonsten wäre das eine riesige Gefahr für Deutschland, weil die Bundesbank dann viele ausstehen Forderungen hätte, die nicht bedient würden“, sagt Fuest.

Angesichts solcher Perspektiven betonen die drei befragten Ökonomen, dass sie einen Sieg Le Pens nicht als das wahrscheinliche Szenario betrachten. Und die neue Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries hofft im F.A.S.-Interview auf einen heilsamen Schock durch Trump. „Die Leute sehen, was eine solche Politik in der Praxis bedeutet“, sagt sie. Und dann schiebt sie noch einen Satz hinterher: „Ich bin sicher, dass Marine Le Pen in Frankreich nicht gewinnt.“ Es klingt wie eine Beschwörung.

EIN BALANCE-AKT



ICH ZUERST

VON BETTINA WEIGUNY

Alle Welt ist gegenwärtig damit beschäftigt, auszurechnen, was Donald Trump für den Einzelnen wohl bringen wird: Wie groß ist der Schaden oder der Nutzen, den der Präsident anrichtet? BMW rechnet nach, ob das geplante Werk in Mexiko wirklich eine gute Idee ist. Die Zementhersteller überlegen, wie viele Zentner ihres Stoffes in die Mauer passen. Angela Merkel investiert in neue Freunde. Und wir daheim rechnen auch.

Da kommt einiges zusammen an negativen Trump-Folgen für unsere Kleinfamilie, so viel lässt sich nach einer ersten Überschlagsrechnung sagen. Der potentielle Schaden ist riesig, „tremendously, enormously, immensely huge“. So traurig.

Natürlich könnte ich das jetzt in die Welt hinaus twittern, das verbietet sich aber aus pädagogischen Gründen. Der neue Obermacker im Weißen Haus fällt uns eh schon in den Rücken im Kampf gegen die Smartphone-Sucht im Kinderzimmer und am Küchentisch. Warum das Handy weglegen und verbal kommunizieren, wenn der mächtigste Mann der Welt alles am Smartphone regelt? Unsere Kinder lernen schnell und sind für jedes Argument dankbar.

Fern jeder Ideologie ist festzuhalten: Donald Trumps Vorbild hat für uns verheerende Konsequenzen, auch in der Schule. Hannes wurde neulich gleich mehrfach beim Schneeballwerfen und Eisbahnrutschen erwischt. Da versteht die Schule keinen Spaß, was auch Fünftklässlern bekannt ist. Doch obwohl die ruinierten Hosen und die verdreckten Schuhe einen eindeutigen Beweis für das Vergehen lieferten, stritten der Lümmel und seine Kumpeles alles ab. „Wir haben alternative Fakten“, brüllten sie. Die Lehrer stimmte das nicht mitler.

Schlimmer noch wirkt sich Trumps Einfluss auf unser Abendbrot aus. Die mühsam antrainierten Tischsitten sind vergessen, weg. Alles für die Katz. Die drei jüngeren Familienmitglieder wetteifern darum, zu beweisen, dass sie ihre Lektion in Sachen Machtpolitik gelernt haben: „Mein Teller first!“, schreien sie im Chor. Zurück bleibt nur das Gemüse. Wagen wir es, einzuschreiten, funkeln sie uns wie aus irren Augen an, umklammern Messer und Gabel, fest entschlossen, die Nudelberge auf ihrem Teller mit Gewalt zu verteidigen. Ich fürchte: Das nimmt kein gutes Ende. Mit Michelle Obama wäre das nicht passiert.

VOLKES STIMME

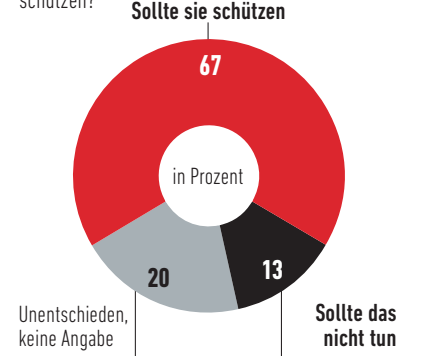
FINGER WEG, LIEBES CHINA

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Chinesische Unternehmen haben Gefallen am Kauf deutscher Unternehmen gefunden. Wenn es nach der deutschen Bevölkerung geht, sollte der Staat solchen Übernahmen in Zukunft einen Riegel vorschieben: Zwei Drittel sind der Meinung, die Bundesregierung sollte deutsche Unternehmen vor der Übernahme durch chinesische Firmen schützen. Nur 13 Prozent sind gegen eine staatliche Intervention.

Schutz vor Chinas Zugriff

Sollte die Bundesregierung deutsche Unternehmen vor der Übernahme durch chinesische Firmen schützen?



Rund 1400 Befragte (Bevölkerung von 16 Jahren an). Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach FA.Z - Grafik Walker



Marine Le Pen tritt als Präsidentschaftskandidatin in Frankreich an. Foto Imago



Geert Wilders geht in den Niederlanden als Favorit in die Wahlen. Foto Bloomberg